

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 13.09.2017
Sitzung Nummer:	27 (SFFGA/27/2017)
Sitzungsdauer:	16:30 - 17:35 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jürgen Emanuel

Aline Klostermann
Protokollführung

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jürgen Emanuel leitete die Sitzung
Herr Marcus Graubner
Frau Christel Güldenpfennig
Herr Dr. Michael Kühn
Frau Annegret Schwarz

Stellvertreter

Herr Horst Janas Vetretung für Frau Paschke

sachkundige Einwohner

Frau Juliane Kleemann
Frau Xenia Schußler

Protokollführer

Frau Aline Klostermann

von der Verwaltung

Frau Stella Khalafyan
Frau Christiane Rütten
Frau Dr. Iris Schubert
Herr Sebastian Stoll
Frau Angela Vogel

Gäste

Herr Ewald Kittner

Abwesend:

Vorsitz

Frau Christine Paschke entschuldigt

Mitglieder

Frau Sandy Schulz unentschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Marlies Köhn entschuldigt
Frau Kerstin Schmidt unentschuldigt
Frau Carola Stallbaum unentschuldigt

von der Verwaltung

Frau Birgit Hartmann entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses vom 10.05.2017
- 5 Gesundheitsberichterstattung 2016 Medizinische Aspekte bei Flüchtlingen und Asylbewerbern
Berichterstatterin: Frau Dr. Schubert
- 6 Außerkraftsetzungssatzung der Betriebssatzung für das Altenpflegeheim "Jenny Marx"
Vorlage: 399/2017
- 7 Außerkraftsetzungssatzung zur Durchführung der Sozialhilfe im Landkreis Stendal
Vorlage: 400/2017
- 8 Aufwandsentschädigungssatzung für ehrenamtlich tätige Integrationslotsen im Landkreis Stendal
Vorlage: 405/2017
- 9 Anfragen und Anregungen

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Emanuel eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die sachkundigen Einwohner, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung der Ausschussmitglieder und der Sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird festgestellt.

Von den Ausschussmitgliedern fehlt Frau Candy Schulz unentschuldigt. Von den Sachkundigen Einwohnern fehlt Frau Marlies Köhn entschuldigt und Frau Kerstin Schmidt und Frau Carola Stallbaum unentschuldigt.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt. Es gibt keine Änderungen.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses vom 10.05.2017

Der öffentliche Teil der Niederschrift der 26. Ausschusssitzung vom 10.05.2017 wird einstimmig bestätigt.

zu TOP 5 Gesundheitsberichterstattung 2016 Medizinische Aspekte bei Flüchtlingen und Asylbewerbern
Berichterstatteerin: Frau Dr. Schubert

Frau Dr. Schubert: Stellt die Gesundheitsberichterstattung 2016 vor, die sich mit den medizinischen Aspekten bei Flüchtlingen und Asylbewerbern beschäftigt. Die wesentlichen Aussagen können der beiliegenden Präsentation entnommen werden. Im Wesentlichen ist Frau Dr. Schubert auf die Verpflichtungen des Gesundheitsamtes im Rahmen der Zuweisung von Flüchtlingen und Asylbewerbern eingegangen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Jahre 2015/2016 eine besondere Herausforderung im Hinblick auf die Arbeit des Gesundheitsamtes waren. Zur Präsentation von Frau Dr. Schubert gab es folgende Nachfragen:

Herr Emanuel: Zunächst bedanke ich mich bei Frau Dr. Schubert und ihrem Team für die geleistete Arbeit im Gesundheitsamt. Die Mitglieder des Ausschusses waren auch in der Vergangenheit ständig über die Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis informiert. Die Schwierigkeiten insbesondere im Hinblick auf die Sprache waren bekannt. Deshalb ist auch wichtig, weiterhin die ehrenamtliche Unterstützung zu fördern. Der Bericht des Gesundheitsamtes ist in das Internet einzustellen.

Herr Dr. Kühn: Ihrem Bericht ist zu entnehmen, dass im Rahmen der Begutachtungen durch das Gesundheitsamt in ca. 80 % der Fälle die Zustimmung erteilt wurde. Wie betrachten Sie vor diesem Hintergrund rückblickend die Einführung einer Gesundheitskarte?

Frau Dr. Schubert: Rückblickend wäre die Einführung einer Gesundheitskarte zu befürworten, um damit die Gleichstellung der Asylbewerber mit den GKV-Versicherten zu gewährleisten.

Herr Graubner: Ich möchte noch einmal auf die geplante Einrichtung in der Gardelegener Straße zurückkommen, hier entsteht eine für 1000 Personen. Aus gesundheitlichen Aspekten haben Sie eine Einrichtung einer Isolierstation gefordert. Meine Frage ist, ob die Dinge die Sie angeregt haben, auch berücksichtigt werden.

Frau Dr. Schubert: Ich kann nur aus medizinischer Sicht meine Meinung mitteilen. Dieses habe ich gemeinsam mit dem Dezernenten Herrn Stoll gegenüber dem Land getan. Die endgültige Entscheidung liegt jedoch hier beim Land.

zu TOP 6 Außerkraftsetzungssatzung der Betriebsatzung für das Altenpflegeheim "Jenny Marx"
Vorlage: 399/2017

Herr Emanuel: Die Drucksachen Nr. 399/2017 und 400/2017 sind erneut zu beschließen, weil es sich um eine Formalie handelt. Sie werden sich erinnern, dass der Kreistag im vergangenen Jahr bereits Beschlüsse in diesem Zusammenhang gefasst hat. Jedoch ist es erforderlich, dass hierzu eine Satzung erlassen werden muss. In diesem Zusammenhang mache ich auch den Abs. 3 des Sachverhaltes zum Beschluss aufmerksam. Auf Satzungen bezogen, bedeutet dies, dass diese nur durch formgerechte Satzungen aufgehoben werden können.

Die Ausschussmitglieder befürworten einstimmig die Weiterleitung der Drucksache 399/2017 an den Kreistag.

zu TOP 7 Außerkraftsetzungssatzung zur Durchführung der Sozialhilfe im Landkreis Stendal
Vorlage: 400/2017

Die Ausschussmitglieder befürworten einstimmig die Weiterleitung der Drucksache 400/2017 an den Kreistag.

zu TOP 8 Aufwandsentschädigungssatzung für ehrenamtlich tätige Integrationslotsen im Landkreis Stendal
Vorlage: 405/2017

Frau Vogel: Der Landrat hat eine Organisationsänderung vorgenommen und in diesem Zusammenhang alle Beauftragten z. B. Integrationskoordinatoren, Teilhabemanager dem Büro des Landrates unterstellt, deshalb nehme ich an dieser Sitzung teil. Die Entschädigungssatzung für Integrationslotsen galt nur bis zum 30.06.2017, weil das Land nur bis zu diesem Zeitpunkt die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Herr Graubner: Aus der Erfahrung in meiner Einheitsgemeinde stellt sich hier die Frage, ob die Integrationslotsen auch für Ihre Aufgaben geschult werden, so dass sie diese auch erfüllen können.

Frau Khalafyan: In der Satzung ist die Verpflichtung enthalten, die Schulung der Integrationslotsen vorzunehmen. Bisher haben im Landkreis 7 Veranstaltungen zur Schulung der Integrationslotsen stattgefunden. 3 weitere Veranstaltungen sind geplant.

Herr Graubner: Aus meiner Tätigkeit ist mir bekannt, dass es dennoch Schwierigkeiten gibt. Z. B. können erforderliche Dolmetschertätigkeiten nicht durch die ehrenamtlichen Helfer geleistet werden. Deshalb müssen weitere Dolmetscher gewonnen werden, um die Asylbewerber und die ehrenamtlichen Helfer besser zu unterstützen.

Frau Khalafyan: Erläutert im Wesentlichen die Drucksache 405/2017. Die neue Satzung war notwendig, weil die alte Satzung nur bis zum 30.06.2017 galt. Die Anzahl der Integrationslotsen für den gesamten Landkreis ist mit 44 Personen gleich geblieben. Die Aufteilung in den Verbands- und Einheitsgemeinden richtet sich nach der Anzahl der aufgenommenen geflüchteten Personen.

Herr Emanuel: Die Anlage und die Festschreibung der Mittel ist vergleichbar mit dem 1. Halbjahr?

Frau Khalafyan: Ja, das ist vergleichbar.

Frau Kleemann: Ich habe eine juristische Frage, kann die Satzung überhaupt beschlossen werden, wenn der Änderungsantrag durch das Landesverwaltungsamt abgelehnt wurde?

Herr Stoll: Diesen Sachverhalt haben wir mit dem Rechtsamt in unserem Hause besprochen. Die Satzung kann in dieser Form beschlossen werden. Das beeinflusst das gegenwärtige Klageverfahren nicht.

Frau Khalafyan: Zur Aussage von Herrn Graubner ist festzustellen, dass Integrationslotsen nicht vollständig die Aufgaben der Dolmetscher abdecken können. Jedoch gibt es einige Integrationslotsen, die selbst einen Migrationshintergrund haben und auch dolmetschen können.

Die Ausschussmitglieder befürworten einstimmig die Weiterleitung der Drucksache 405/2017 an den Kreistag.

zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Herr Graubner: Meine Frage ist, weshalb die Teilhabemanager noch nicht da sind?

Frau Vogel: Die Personen sind bereits ausgesucht, die Einstellung erfolgt voraussichtlich ab dem 01.10.2017.